

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/8254 —**

**Die Herausgabe der in der NS-Zeit erschienenen „Altpreußischen Forschungen“
als Reprint und ihre Finanzierung durch das Bundesministerium des Innern**

1989 wurde vom Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen als Reprint die Zeitung „Altpreußische Forschungen“ herausgegeben. Der Nachdruck umfaßt die Jahrgänge 1924 bis 1943, die damit einem breiten Publikum zugänglich gemacht wurden. Zugänglich gemacht wurden damit elf Jahre NS-Forschung über West- und Ostpreußen und „deutsche Siedlungsgebiete im Osten“, elf Jahre Revanche-Propaganda für die Niederlage des Ersten Weltkrieges, elf Jahre Propaganda für eine völkische und rassistische Politik im Geiste des NS-Staates.

Über die Herausgabe des Reprints schreibt Joachim Weber im „Ostpreußenblatt“: „Ein Unterfangen übrigens, das nur durch einen erheblichen Zuschuß des Bundesinnenministers überhaupt so schnell realisiert werden konnte...“ (Ostpreußenblatt, 5. Januar 1991)

Im Vorwort des Reprints wird die Frage aufgeworfen, ob ein Nachdruck nicht unterbleiben sollte, da die Zeitung „eventuell zu stark belastet sei“. Der Autor, Prof. Dr. Udo Arnold, beantwortet die Frage auch sogleich: „Das aber ist keineswegs der Fall...“ Laut Arnold liegt dies daran, daß in den „Altpreußischen Forschungen“ die in der Weimarer Republik begonnene Arbeit während der Nazi-Zeit ungebrochen fortgeführt werden konnte, denn 1933 sei „keineswegs eine entscheidende Zäsur für das Preußenland“ gewesen. Diese trat erst ein, „als im Herbst 1939 im Krieg gegen Polen der Fortfall des ‚Korridors‘ die preußische Situation entscheidend änderte“.

Die „deutlichste Stellungnahme zum Zeitgeschehen“ – so Arnold – sei ein Vorwort zum Jahrgang 1940, in dem der Vorstand der Historischen Kommission, der damalige Herausgeber der „Altpreußischen Forschungen“, den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen wie folgt begrüßt hatte: „Der ‚Korridor‘, diese unseligste aller geschichtswidrigen Erfindungen des Diktatfriedens von 1919, ist nicht mehr: die Wunde im deutschen Osten zwischen Elbe und Memel ist geschlossen. (...) Solche epochalen Ereignisse bestimmen von Grund auf die landeskundliche Forschung im Preußenland neu, geben ihren Organen und Veröffentlichungen, unter ihnen auch dieser Zeitschrift, neue Anregungen und Verpflichtungen, denen sich niemand entziehen kann, dem der Einsatz wissenschaftlicher Arbeit im großen Geschehen unserer Tage ein inner-

stes Anliegen ist... Sie werden dies mit der Sachlichkeit und Redlichkeit tun, um die sie sich bisher bemüht haben, zugleich aber mit der Liebe zu Führer, Volk und Heimat, die die Ehre der deutschen Wissenschaft in dem großen Daseinskampf des Reiches ist."

Arnold kommentiert im Vorwort der Ausgabe von 1989, daß man „kräftigere Töne aus dem wissenschaftlichen Bereich“ jener Zeit kennt. Das „zwiespältige Gefühl“, das selbst Arnold beschleicht, „löst sich“ jedoch sofort wieder auf, nachdem er das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1940 wiedergegeben hat. Für Arnold ist diese „belastete“ Stellungnahme aber im wesentlichen einmalig geblieben. (Altpreußische Forschungen, Vorwort, Bd. 1, Hamburg 1989).

Arnold stellt den Rest der Ausgabe der „Altpreußischen Forschungen“ aus der NS-Zeit im Vorwort für die Leser und Leserinnen somit als unbelastet dar. Man erfährt natürlich nicht, daß die gesamte „Ostforschung“ des NS-Staates sich in dieser Zeitung widerspiegelt.

Daß Arnold 1933, nach der Machtübertragung an die Nazis, keinen Bruch in der „Ostforschung“ erkennen kann, spricht für die tatsächliche Nähe dieser „Forschung“ mit großdeutschem und rassistischem Gedankengut, wie es auch von der NSDAP propagiert wurde. Daß Arnold diese Nähe, aber auch die ganze Ausrichtung der „Altpreußischen Forschungen“ im Sinne der Politik des NS-Staates, heute nicht sehen kann oder will, legt ein bereutes Zeugnis über die politische Ausrichtung der aktuellen altpreußischen Forschungen ab.

Arnolds Ansicht wird auch vom Autor des rechtsextrem durchsetzten „Ostpreußenblattes“, Joachim Weber, geteilt, der gleich verallgemeinert: „Auch heute beweist die Durchsicht der Bände einmal mehr, wie ungerechtfertigt die pauschale Verurteilung von Forschung und Lehre der deutschen Geistes- und Humanwissenschaften in der Zeit des Dritten Reiches ist. Die ‚Altpreußischen Forschungen‘ sind durchgängig frei von tendenziösen Beeinträchtigungen ideologischer Art.“ Und die „geleistete Arbeit“ dieser „Landesforschung“ stellt „bis heute einen wichtigen Grundstock dar und ist mitnichten überholt. Das gilt auch für die Bände nach 1933.“ (Ostpreußenblatt, 5. Januar 1991)

Sehr anschaulich hat der Vorstand der Historischen Kommission sein kontinuierliches Wirken von 1924 bis 1943 in den schon erwähnten Worten zum Geleit des Jahrgangs von 1940 charakterisiert. In diesem Geleitwort von 1940 wird deutlich die Programmatik der Zeitung herausgearbeitet, die sie in der gesamten Zeit durchgehend prägte: Das Ziel war die Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und die wissenschaftliche Flankierung der Eroberungspläne Hitler-Deutschlands: „Nach zwanzig Jahren drückendster und unwürdigster Fremdherrschaft, deren eingestandenes Ziel die planmäßige Austilgung aller deutschen Züge im Antlitz Westpreußens war, sind die ältesten Ordensgründungen Thorn und Culm, die preußische Festung Graudenz, die vielen deutschen und deutschgebliebenen Dörfer in den Niederungen der Weichsel wieder in das Reich zurückgekehrt (...) Das Werk des Deutschen Ordens und Friedrichs des Großen ist wieder aufgerichtet und als Teil einer allgemeinen deutschen Neuordnung Ostmitteleuropas in die umfassendere Einheit Großdeutschlands eingefügt worden, die im gewaltigen Ablauf der geschichtlichen Ereignisse von der Heimholung der Ostmark über die Eingliederung Böhmen und Mährens zur Entscheidung der polnischen Frage so sinnfällig geworden ist.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1940, S. 1)

Die Methodik, mit der die Historische Kommission helfen wollte, dieses Ziel eines Großdeutschlands zu erreichen, war folgende: Die „Altpreußischen Forschungen“ gingen „in ihren Zielen und in ihrem Arbeitsbereich bewußt über die verstümmelten Reichsgrenzen von 1919 hinaus und waren damit bestrebt, den geschichtlichen Raum des alten Ordenslandes, auf dessen Leistung hier alles spätere Dasein beruhte, lebendig im Gedächtnis zu halten. Dies war gewiß eine selbstverständliche wissenschaftliche Voraussetzung jeder landesgeschichtlichen Arbeit auf dem Boden Altpreußens, zugleich aber erhob sich darin kurz nach dem Versailler Eingriff in den Osten der politische Anspruch auf die Wiedervereinigung des Landes, das Verständnis und Haß getrennt und Volkstum und Geschichte füreinander bestimmt hatten“. (ebenda, S. 1)

Über die „wissenschaftliche“ Vorbereitung der Aggression Nazi-Deutschlands gegen Polen und damit des Zweiten Weltkrieges schrieben die Vertreter der Historischen Kommission weiter: „Dies hieß nun nicht, daß in den Arbeiten der Historischen Kommission die politische Revisionsforderung immer wieder ausdrücklich behandelt werden mußte. Wer aber den Vorrat an geschichtlichen – echten und weit mehr noch erdichteten – Argumenten kennt, mit denen der Kampf um den Osten jederzeit von unseren Nachbarn geführt wurde, ermißt, was die auch bisweilen scheinbar entlegenen landeskundlichen Untersuchungen im entscheidenden Augenblick bedeuten konnten. Für diesen Augenblick galt es gerüstet zu sein, gerüstet mit geschichtlichem Wissen von der deutschen Leistung im Osten...“ (ebenda, S. 1 bis 2)

Zentrales Anliegen war dabei die Erforschung der „Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte“: „Immer schon haben die kolonisatorischen

Ursprünge der ostdeutschen Landesgeschichte auf diesen Fragenkreis hingewiesen, aber es ist unbestreitbar, daß er erst unter dem Eindruck des Verdrängungskampfes gegen das bodenständige Deutschtum seit Versailles und unter den Einwirkungen des erwachenden völkischen Geistes wirklich in den Mittelpunkt gerückt ist. Wer die Jahrgänge dieser Zeitschrift und alle sonstigen Veröffentlichungen der Historischen Kommission durchblättert, wird finden, wie sehr in ihnen siedlungsgeschichtliche Arbeiten überwiegen. Gewiß handelt es sich hier um den Ausdruck eines ernsten sowohl historischen wie politischen Bedürfnisses, um ein Stück Kampf für das Heimatrecht des deutschen Volkes im deutschen Osten.“ (ebenda, S. 2)

Auch die Rezensionen in den „Altpreußischen Forschungen“ wurden ganz in den „Daseinskampf des deutschen Volkes“ gestellt: „Wenn es in einem Kampfe gilt, den Gegner zu kennen, um ihn zu treffen, so sind unsere Altpreußischen Forschungen in einer Hinsicht immer nach dieser Regel verfahren: Die Beobachtung des polnischen Schrifttums gehörte seit langem mit zu ihren wichtigsten Aufgaben.“

Die Historische Kommission wollte die „Altpreußischen Forschungen“ 1940 ganz in den Dienst der großdeutschen „Neuordnung Ostmitteleuropas“ stellen: „Soll sie aber nun, ungestört von der auf den Nägeln brennenden politischen Not, in die ruhigeren Bereiche einer unbeschwert landesgeschichtlichen Forschung zurückkehren? Das widerspräche der Forderung, mit der sie zuerst auftrat und dem Gebot des Krieges, dem sie heute wie alles andere unterstellt ist. Es widerspräche aber auch vor allen Dingen dem großen geschichtlichen Atem, von dem die neue politische Ordnung im Osten durchweht wird. Die Kleinräumigkeit und Raumzerstörung des Versailler Systems ist abgelöst von einer neuen großräumigen Ordnung.“ (ebenda, S. 2)

Diese Selbstdarstellung der Arbeit und der Aufgabenstellung für die „Altpreußischen Forschungen“ durch die Historische Kommission aus dem Jahre 1940 mag zur Charakterisierung dieser Zeitung genügen. Diese Selbstdarstellung überführt auch die Herausgeber des heutigen Reprints der offenen Leugnung der großdeutschen, völkischen, rassistischen und antisemitischen Ausrichtung dieser Zeitung, die sich freiwillig und bewußt in den Dienst des NS-Staates gestellt hatte. Die heutigen Herausgeber versuchen, auf diesem Wege die Rehabilitierung und Hoffähigmachung eines Teils der NS-Ideologie durchzusetzen. Gerade an dieser Erklärung der Historischen Kommission sind ja nicht die Worte entscheidend, mit der sie ihre „Liebe zum Führer, Volk und Reich“ zum Ausdruck bringen, sondern ihre imperiale Programmatik der Kolonisierung des Ostens und der Neustrukturierung dieses „Raumes“ unter großdeutschen und rassistischen Gesichtspunkten. Aus dieser Programmatik heraus wird die ganze Geschichte des Ostens betrachtet.

Es sollen hier aus der Fülle des Materials nur einige Beispiele angeführt werden, die die Selbstdarstellung der Historischen Kommission von 1940 unterstreichen.

In seinem Artikel „Die ersten Juden in Ostpreußen“ führt der Autor Kurt Forstreuter u. a. aus: „Die Stellung des Judentums in seiner Umwelt ist eine Frage, die nun schon mehr als zweitausend Jahre die Menschheit beschäftigt. Es ist eine Frage, die an sich immer gleichbleibt: die Einordnung eines Fremdkörpers, der sich nie angleichen ließ. Diese Frage zeigte jedoch nicht jederzeit das gleiche Gesicht. Wenn wir heute die rassische Verschiedenheit betonen, so war früher der religiöse Unterschied besonders fühlbar, und daneben hat zu verschiedenen Zeiten die wirtschaftliche Ausbreitung des Judentums zu Gegenwirkungen geführt.“ Der Antisemit Forstreuter untersucht nun in seinem Artikel historisch das Verhalten des Deutschen Ordens in Preußen und Livland gegenüber den Juden. „Diese Lande waren sein eigenster Besitz, in harten Kämpfen mit den Ungläubigen teuer erkauft. Dort hatte der Orden nicht das Vorbild sonstiger Landesfürsten vor sich, dort schuf er ganz aus seiner eigenen Idee: der Verbreitung des Christentums unter den Heiden und Ungläubigen. Tatsache ist nun, daß weder in Preußen noch in Livland sich die Niederlassung von Juden zur Ordenszeit beweisen läßt. Dieser Fall ist in der Geschichte eines zumal reichen, für die Juden also lockenden Landes so einzigartig, daß es sich wohl lohnt, ihn zu untersuchen.“ Der Autor stellt dann „Abwehrbewegungen“ in Preußen bereits im Jahre 1435 gegen die Juden fest und zeichnet über die Jahrhunderte nach, wie die „von außen her gekommene Ausbreitung des Judentums“ in Preußen zurückgedrängt wurde. Das Resümee des Autors: „Im Vergleich mit anderen ostdeutschen Landschaften, Österreich, Schlesien und selbst der Mark Brandenburg, hat Ostpreußen also verhältnismäßig spät einen jüdischen Bevölkerungsanteil erhalten, und diese Sonderstellung Ostpreußens ist besonders auffällig, wenn man den überaus starken jüdischen Einschlag jenseits der ostpreußischen Grenze, in Polen und Litauen in Betracht zieht. Für dieses Ostjudentum ist Preußen, durch die Politik des Deutschen Ordens, kein Einfallsstor gewesen, vielmehr eine Barriere, die sich davorlegte.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1937, S. 42 bis 48)

Dr. Ernst Ferdinand Müller streicht in seinem Artikel über die „Bevölkerungsgeschichte und Wanderungsforschung in der Provinz Ostpreußen“ die „außerordentlich starke Bedeutung“ des „Problem der Wanderbewegungen“ heraus. „Das ist ursächlich in der Natur jedes Grenzlandes, besonders aber hier im Osten, begründet. (...) Die Kreisstadt ist hier über ihre lokale Bedeutung als Marktplatz hinaus in erster Linie ein politischer Faktor, dem Inhalt und Richtung von der Regierung vorgezeichnet werden. Das war in früheren Zeiten so und ist es heute noch in weit stärkerem Maße aufgrund der verwaltungsmäßigen und parteimäßigen Organisation des national-sozialistischen Deutschlands der Gegenwart. (...) Es ist wieder – wie in vergangenen Zeiten – also der Staat, der das Bevölkerungsbild Ostpreußens entscheidend bestimmt. Bei allen diesen wirtschaftlichen Aufbauplänen der Provinz wird die Pflege der Bodenständigkeit als der besitzbildenden und besitzerhalrenden Kraft das oberste Gesetz sein. Das zieht sich von der Kolonisationstätigkeit des Deutschen Ritterordens über die Peuplierungspolitik Friedrich Wilhelms I. bis zur Gegenwart wie ein roter Faden durch die bevölkerungsgeschichtliche Entwicklung des Preußenlandes. Und das wird im übertragenen Sinne auch in Zukunft so bleiben müssen, denn nur so wird Ostpreußen in der Lage sein, getreu seiner alten Tradition auch die ihm von der neuen Zeit gestellten Aufgaben zu erfüllen.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1936, S. 116/117)

Ernst Keit schreibt in dem Artikel „Die Frage der nordostdeutschen Grenzsicherung in der Publizistik des Ersten Weltkrieges“ einführend: „Wir Deutsche des Zweiten Weltkrieges erleben heute einen Aufbruch unseres Reiches, der einen Gutteil seiner besonderen Erfüllung in der Bewährung am Osten erfährt. Die bereits jetzt in diesem Raum einsetzende Neuordnung, die mit der Niederringung Polens ihren Anfang genommen hat, darf sich bei aller Berücksichtigung der Unterschiede von Zeit und Raum doch der mittelalterlichen Ostplanung verwandt fühlen. Diese Gemeinsamkeit können wir gerade in der Erweiterung der Grenze aus einer linearen zu einer räumlichen Gestaltung, in der Herausbildung von abgestuften Grenzräumen verschiedener Bestimmungen erkennen. So hat die alte Reichsgrenze von 1914, die durch das Gesetz vom 20. Oktober 1939 nicht nur wiederhergestellt, sondern nach Osten vorgetragen wurde, wohl ihren Charakter als Außengrenze verloren. Wenn wir indes erkennen können, daß diese Binnengrenze zur nordostdeutschen Volksgrenze in ihrem Mindestausmaß werden soll, so haben wir heute noch allen Anlaß, ihr Werden zu verfolgen.“ Keit untersucht dann die publizistische Darstellung „der Ausweitung und Verstärkung der preußisch-deutschen Ostgrenze“ und die „Bestrebungen des deutschen Defaitismus“. Bevor Keit die nationalistischen Konzepte großdeutscher Organisationen untersucht, schreibt er: „Erneut in einem Daseinskampf unseres Volkes stehend, unseres Sieges gewiß, aber noch im bitteren Ringen, geziemt es uns, diesen Plänen mit (...) Ehrfurcht zu nahen (...).“ Und ehrfürchtig führt er dann zu den Kriegsplänen des Alldeutschen Verbandes aus: „Im Baltikum und in einer zur Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zum Reich dienenden, um das Gouvernement Suwalki verbreiterten Landbrücke wird das deutsche Volk das ihm so bitter notwendige Siedelland gewinnen. Zur Abwehr aller die rassischen Grundlagen des deutschen Volkes bedrohenden Gefahren ist hierbei die Aussiedlung der vorgefundenen, in ihrem Bestande durch die Verschleppung der Russen bereits zusammengeschmolzenen Bevölkerung notwendig.“

Die antimilitaristischen und pazifistischen Kräfte charakterisiert der Antisemit Keit wie folgt: „Hier tritt uns zum erstenmal das Judentum entgegen, daß wir auch in den anderen Fronten der Gegenarbeit als eine antreibende und Zersetzung ausstrahlende Kraftquelle erkennen können. Die Auseinandersetzung zwischen Deutschtum und Judentum beginnt während des Weltkrieges in ihr entscheidendes Stadium zu treten. Dabei ist es unverkennbar, daß diese Problematik aus den Verhältnissen des Ostens, mit der Ostjudenfrage, verstärkt wurde.“ In einer Fußnote merkt Keit zu den Erfordernissen der NS-Forschung an: „... Abschließend hätte man den Anteil der Weltkriegsjahre am Anwachsen der antijüdischen Haltung im deutschen Volk ins Auge zu fassen, wurde doch bereits damals der Kampf gegen das Judentum auf breiter Basis in den nationalen Verbänden, von Männern wie H. St. Chamberlain, auch auf geistigem Gebiet (so z. B. in der Auseinandersetzung mit den jüdischen Vertretern des sog. Neukantianismus) geführt. Auch hierbei müßte die Aktualisierung des Problems durch die Ostjudenfrage in Betracht gezogen werden.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1942, S. 271 bis 298)

Auch in – offenbar harmlos erscheinenden – Artikeln wie z. B. „Wappensmalereien im Ordenshaus Soldau“ von Ernst von der Oelsnitz fehlt die ausdrückliche tagespolitische Propaganda nicht. Der Artikel wird mit folgenden Worten eingeleitet: „Bei der willkürlichen Grenzfestsetzung nach dem Versailler Zwangsfrieden wurde auch die Stadt Soldau mit ihrer Burg von Preußen und Deutschland abgetrennt und zu Polen geschlagen, angeblich mit Rücksicht auf die Lage der Eisenbahn Marien-

burg – Mlawa, obwohl das Gebiet von Soldau seit der Eroberung des Preußenlandes zum Ordensstaat, dann zu dessen Rechtsnachfolgern, dem Herzogtum und dem Königreich Preußen, gehört hatten. Nach dem Sieg der deutschen Waffen im Jahre 1939 ist Soldau wieder mit Deutschland vereint, und die Regierung hat angeordnet, daß das leidlich erhaltene Schloß des Deutschen Ordens vor weiteren Schäden gesichert werden soll.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 1)

Seinen Artikel „Der Danziger Rat verteidigt die Privilegien seiner Stadt und Westpreußens bei der letzten polnischen Königswahl. (Eine Studie zur Geschichte Danzigs im 18. Jahrhundert.)“ beginnt Heinz W. Hoffmann: „... Man hat bisher kaum erwähnt, daß Stadt und Provinz damals einen schweren Existenzkampf führten. Ihr Ringen mit dem polnischen Reichstag war kein Streit, der sich bloß auf Zölle, Wirtschaftsprobleme und dergleichen beschränkte, sondern es war eine tiefgreifende Auseinandersetzung. Unter dem Deckmantel staatsrechtlicher Begriffe und in der Form interner Händel wurde hier ein Nationalitätenkampf ausgefochten, dessen Bedeutung erst in unsreren Tagen zum vollen Bewußtsein kommt. Deutschtum gegen Polentum: so lautet die Schlußformel für diesen Konflikt. (...) Meist bezeichneten die Danziger ihren polnischen Gegner als geldgierig, verlogen und rabulistisch; dies mag auch im allgemeinen gestimmt haben. Aber wer will leugnen, daß sich jene Eigenschaften oft mit glühendem nationalen Fanatismus paarten? (...) Gewiß, die Danziger kämpften für ihre Autonomie und beschritten zunächst nur den Weg der Selbsterhaltung. Doch der Kampf einer deutschen Stadt um ihre ungeschmälerten Rechte schloß ja auch die Verteidigung der völkischen Belange ein, und hierin ist der historische Wert der Danziger Politik zu suchen!“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 96 bis 143)

Buchbesprechungen

Vor allem in den Buchbesprechungen stellen die „Altpreußischen Forschungen“ die gesamten Veröffentlichungen aus der NS-Zeit zum „Deutschen Osten“ vor. Unter diesen Besprechungen befinden sich natürlich auch Neuerscheinungen von Nazi-Größen und aus NS-Instituten. Auch hier nur einige Beispiele aus der Fülle des Materials:

In einer Buchbesprechung stellt Prof. Dr. Bruno Ehrlich das Buch von Rudolf Stampfuß, „Gustaf Kossinna, ein Leben für die deutsche Vorgeschichte“ vor. Ehrlich schreibt u. a.: „Abschließend weist Stampfuß auf die große Tragik hin, daß dieser bedeutende Forscher, der sich auch als einer der ersten nach der Gründung des Kampfbundes für Deutsche Kultur in diesen eingliederte, den Sieg des Nationalsozialismus nicht mehr erleben sollte. In der Tat wäre es gerade diesem kerndutschen Mann, der sich sein ganzes Leben für die Ideen ‚Blut und Boden‘, ‚Volk und Rasse‘ kämpferisch eingesetzt hat, zu gönnen gewesen, daß er die hohe Anerkennung, die sein Werk jetzt im nazionalsozialistischen Staat findet, daß er die tatkräftige Förderung, die die Vorgeschichtswissenschaft jetzt im Dritten Reich endlich erfährt, noch persönlich hätte erleben können.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1936, S. 127)

Th. Schieder, Mitglied des Schriftleitungsausschusses der „Altpreußischen Forschungen“, schreibt über das Buch von Karl von Loesch „Die Gliederung der deutschen Volksgrenze“: „... Das Wesen der völkischen Grenzonen in ihrer Tiefe und besonderen Artung entwickeln, hieße notwendig eine gesamtdutsche Volksgeschichte schreiben und würde darüber hinaus eine Darstellung der Nachbarvölker in ihrem blutmäßigen Aufbau, ihrer sozialen und politischen Struktur erfordern. Loeschs Schrift regt in dieser Richtung in mancherlei Weise an...“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 95)

Fritz Gause schreibt über das Buch „Das deutsche Volk, sein Boden und seine Verteidigung“, hrsg. von Karl von Loesch und Ludwig Vogt: „Wilfrid Bade, Regierungsrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, berichtet ausführlicher über die Grundlagen des Nationalsozialismus, die Entstehung des Dritten Reiches und seine erfolgreiche Arbeit bis 1936. Karl von Loesch, der alte Vorkämpfer des Auslandsdeutschstums, behandelt in ungemein interessanter Weise, eindringende Tatsachenkenntnis mit geistvoller Darstellung vereinend, die deutsche Volksgemeinschaft. Was er über die biologischen und geistigen Werte der Völker, die Weltgeltung der deutschen Wissenschaft, die Entstehung der Schriftsprachen und den deutschen Volksboden sagt, gehört zu dem Besten, was auf diesem Gebiet geschrieben ist.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 95 bis 96)

Rudolf Craemer schreibt über Bruno Schumachers „Geschichte Ost- und Westpreußens“: „... Mit unmittelbarer Wärme von Leid und Abwehrgeist, neuer Aufstiegsfreude und Zuversicht wird dann das Geschehen seit 1918 geschildert, es wird, indem die Darstellung ins Gegenwärtige ausläuft, die neue Bedeutsamkeit der Grenzmark für das Reich des deutschen Volkes hervorgehoben. (...) So tritt am Ende der erzieherische Zug des Buches hervor, der rückhaltlose Wille zur Klarheit und sachlichen Gegenständlichkeit, die unantastbare Reinheit der nationalen Werte und Entscheidungen, die unausgesprochen wirksame Bei-

spielgeltung dieses landschaftlichen Werdens für die Überlieferung des Preußentums als einer unmittelbaren Kraft im größeren volksdeutschen Reiche.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 98)

Werner Giere schreibt über Gustav Pauls Buch „Rasse und Staat im Nordostrauß“: „Der Verfasser der verdienstlichen „Grundzüge der Rassen- und Raumgeschichte des deutschen Volkes“ legt eine kleine aus einem Vortrag entstandene Schulungsschrift vor...“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 99)

Bruno Schumacher schreibt über das Buch „Der Deutsche Orden“ von Konrad und Tony Gatz: „Die wachsende allgemeine Teilnahme an dem Schicksal und den Fragen des deutschen Ostens, aber auch die bewußte Pflege des Ordensgedankens in der Lebensgestaltung der nationalsozialistischen Partei und ihrer Gliederungen lassen die Beschäftigung mit dem Wesen und der Geschichte des Deutschen Ordens nicht mehr nur als eine Angelegenheit altpreußischer Geschichtsforschung erscheinen, sondern als eine Aufgabe, der man sich auch im übrigen Deutschland und nicht nur im Kreise strenger Fachwissenschaft mit einer gewissen Entdeckerfreude hingibt. Vom Standpunkt der altpreußischen Geschichtsforschung kann man dies nur begrüßen...“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 108 bis 111)

Über die Bücher von Heinz Rogmann, „Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren“; Konrad Olbricht, „Die Bevölkerungsentwicklung der Groß- und Mittelstädte der Ostmark“; Eberhard Franke, „Das Ruhrgebiet und Ostpreußen“ schreibt Helmut Haufe u.a.: „... Vor allem das Bewußtsein einer deutschen Abwehrstellung in der gegenwärtigen biologischen Bewegung der Völker des östlichen Mitteleuropa fordert eine rückschauende Betrachtung...“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 123 bis 125)

W. Conze schreibt über das Buch „Uns rief Polen! Deutsches Schicksal an Weichsel und Warthe“ von Hans R. Wiese: „... Wieses Darstellung verfolgt die bewußt politische Absicht, sich in den Dienst echter deutsch-polnischer Verständigung zu stellen, im Geiste des Nationalsozialismus, der einen neuen Weg für das Zusammenleben der Völker gewiesen hat, anknüpfend an die grundlegende Rede Adolf Hitlers vom 17. Mai 1933.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1938, S. 158)

Fritz Gause schreibt über das Buch „Bevölkerungsgeschichte Deutschlands“ von Erich Keyser: „... Er behandelt also die gesamte Entwicklung der Bevölkerung in dem heutigen Wohngebiet des deutschen Volkes, und zwar von der Urzeit bis zur Gegenwart: Die räumliche Ausbreitung des deutschen Volkes in Ausweitung und Verengerung seines Wohnraums, Volkszahl und Stammesgliederung, Verluste durch Auswanderung, Seuchen, Kriege und Geburtenrückgang, Zuwachs durch natürliche Vermehrung und fremder Volksteile, innere Veränderungen im Volkskörper durch Auslese, in der Verteilung durch Binnenwanderung und innere Kolonisation, in der sozialen Schichtung durch Herausbildung der Stände, in der Berufsschichtung durch Verstädterung und Industrialisierung, rassische Fragen in Ehrerecht und Fremdenrecht, die Geschichte der Juden in Deutschland, die Frauenfrage usw.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1939, S. 111 bis 112)

Fritz Gause schreibt über das Buch „Ostdeutschland und Osteuropa“ von Gustav Simoleit: „Das Buch hält das, was im Vorwort versprochen ist. In knapper Form, aber klarer Sprache stellt der Verfasser die Geschichte des Deutschtums im Osten Deutschlands und Europas von der Vorgeschichte bis zur Gegenwart dar, „politische und geographische Grenzen überschreitend, wo sie den lebendigen Volkskörper zerschneiden,“ betont dabei besonders die heute wichtigen Fragen (Dauer und Ausdehnung der germanischen Besiedlung, Rassenfrage u.a.) und behandelt zum Schluß die gegenwärtige Lage der deutschen Volksgruppen in den Staaten Osteuropas von Finnland bis Rumänien und Jugoslawien.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1939, S. 112 bis 113)

F. Baethgen schreibt über das von der Historischen Kommission für Schlesien unter Leitung von Hermann Aubin herausgegebene Buch „Geschichte Schlesiens“: „Eröffnet wird die Darstellung sinngemäß durch eine Skizze der natürlichen geographischen und rassischen Grundlagen der schlesischen Geschichte (S. 1 bis 17), die von Herbert Schlenger verfaßt ist, wie er auch die zahlreichen, zur Veranschaulichung einzelner Fragenkomplexe bestimmten, fast durchweg vortrefflich gelungenen Einzelkarten beigesteuert hat.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1939, S. 115 bis 117)

W. Puls stellt fest, daß immer noch nicht „im Bewußtsein des deutschen Volkes die Weichsel“ den Platz einnimmt, „der ihr gebührt“. Um dies zu ändern, stellt er folgende Bücher vor:

- Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches. Im Auftrage der Haupttreuhandstelle Ost u. des Reichsführers SS, Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, hrsg. von Walter Geisler Bd. 3.

- Detlef Krannhals: Die Weichsel. Nordostschriften der Publikationsstelle, hrsg. von Johannes Papritz u. Wolfgang Kothe (Altpreußische Forschungen, Jg. 1942, S. 140)

Über Hans Jakob Schmitz' Buch „Geschichte des Netze-Warthelandes, insbesondere der Grenzmark Posen-Westpreußen“ schreibt Karl Kaliske: „... Am meisten wirkt die Gewißheit, daß hier ein Mann zu uns spricht, der selbst in den dunkelsten Jahren der deutschen Vergangenheit mit der Waffe in der Hand um seine grenzmärkische Heimat gekämpft, mit heißem Herzen das Geschehen der letzten Jahre verfolgt und nun den Rest seines Lebens dem strengen Dienst der wissenschaftlichen Forschung geweiht hat.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1942, S. 144)

Bernhard Sielmann schreibt über das Buch von Wilhelm Lenz: „Umwirkungsvorgänge in der ständischen Ordnung Livlands“: „Die vorliegende Arbeit von Lenz behandelt ein Thema, das in der Tat gerade unsere besondere Beachtung verdient. Es handelt sich um den Übergang von Bestandteilen eines undeutschen, in diesem Falle lettischen Volkstums ins Deutschtum der baltischen Ostseeprovinzen.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1942, S. 147 bis 149)

G. von Selle hebt in der Besprechung des Buches, hrsg. von Raumer und Th. Schieder „Stufen und Wandlungen der deutschen Einheit“ positiv hervor, daß es den Autoren gelungen ist, das „Problem volksgeschichtlicher Auffassung der Geschichte in den Brennpunkt“ zu rücken. Das Volk soll „den zentralen Platz“ in der Betrachtung einnehmen. Dies kommt auch in einem Beitrag „Rasse und Geschichte“ zum Ausdruck, in dem auf die „Möglichkeiten rassenkundlicher Geschichtsbetrachtung“ hingewiesen wird. (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 175 bis 178)

Ein gewisser Keyser schreibt über das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums“, Bd. 2: „Die Entstehung der Danziger Frage und ihre Behandlung in Versailles, die Errichtung der freien Stadt und ihre politische und wirtschaftliche Bindung an Polen, die unausgesetzten Versuche Polens, durch Vertragsbrüche die Selbständigkeit Danzigs einzuziehen, um es schließlich der Eingliederung in den polnischen Staat zuzuführen, ihre diplomatische Abwehr durch den Danziger Senat, seit 1930 durch die NSDAP und endlich die Lösung der Danziger Frage durch die allmähliche Ausschaltung des Völkerbundes und die Heimkehr Danzigs zum Reich, alle diese Vorgänge und Maßnahmen werden meisterhaft, knapp und zuverlässig dargestellt. Im einzelnen wäre zwar die häufige Nennung von Daten und Personen erwünscht gewesen; auch hätte der kulturelle Verteidigungskampf des Danziger Deutschtums nicht außer acht gelassen werden dürfen, da gerade in ihm die Gesamthaltung der Danziger Bevölkerung zum Ausdruck gelangt ist.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 178 bis 179)

L. Esau schreibt in einer Besprechung des Sammelbandes „Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg“, Hrsg. Aubin, Brunner, Kothe, Papritz: „Albert Brackmann zum 24. Juni 1941 gewidmet von seinem Freundeskreise“, steht auf dem ersten Blatt dieser Rechenschaftslegung deutscher Ostforschung. Der 70. Geburtstag des Forschers fiel in die Tage, die Deutschlands Aufgabe im Osten in eine erneute Bewährungsprobe von bisher unerhörttem Ausmaß hineinführten; – ein Spiel des Zufalls gewiß, – und doch stellt es eine wesentliche Seite der Arbeit des Gelehrtenlebens im Zusammenhang mit dem Vollzug einer völkischen Sendung, der sich in soldatischer Tat erfüllt. In der Notzeit unseres Reiches, nach dem Ersten Weltkrieg, traten deutsche Wissenschaftler an zum Kampf gegen eine polnische Geschichtsschreibung, die ihre Ergebnisse in den Dienst chauvinistischer Propaganda in ganz Europa und der Begründung slavischer Territorialansprüche stellte. So erwuchs die deutsche Ostforschung – wie ähnlich die deutsche Forschung zur Kriegsschuldfrage – in engster Verbindung mit dem Kampf um deutsches Lebensrecht und deutsche Geltung in der Welt (...).“ Und zu den Inhalten des Buches: „Es sind Fragestellungen, wie sie schon von Hampe 1920 in seinem ‚Zug nach dem Osten‘ aufgestellt wurden. Die vorliegende Arbeit zeigt nun, wieweit die Forschung seit Hampe vorgedrungen ist, wieweit sie aber auch ihre Methoden hat differenzieren und verfeinern müssen, um zu sicheren Erkenntnissen zu kommen. Heute sind nicht nur die Raumforschung, die Rassenkunde und die Wissenschaft des Spatens, nicht nur Rechtsgeschichte und die Siedlungsforschung an die Seite der politischen Geschichte getreten, sondern auch Wirtschaftsgeschichte und Sippenkunde, Mundartenforschung, Volkskunde und Literaturgeschichte, um den ganzen Fragenkomplex zu erhellen, der die Beziehung des deutschen Volkes zum Osten umschreibt.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 179 bis 183)

Über das Buch von Kurt Kaminski, „Verfassung und Verfassungskonflikt in Preußen 1862 bis 1866“ schreibt L. Esau über Fragen des autoritären Staates und der bürgerlichen Gesellschaft zusammenfassend: „Der Verfasser weist hier auf die Notwendigkeit hin, den geistigen und politischen Hintergrund solcher überkommener Anschauungen

aufzuarbeiten, weil es gilt, sie auf ihren Wert- und Wirklichkeitsgehalt für eine nationalsozialistische Staatsrechtslehre zu überprüfen.“ (Altpreußische Forschungen, Jg. 1943, S. 187 bis 188)

Vorbemerkung

Die Zeitschrift „Altpreußische Forschungen“ wurde in der Zeit von 1924 bis 1943 von der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung in Königsberg/Pr. herausgegeben. Sie verstand sich als das „Zentralorgan für die heimatische Geschichtsforschung“ (Hermann Gollub in Heft 1). Dieses wissenschaftliche Periodikum erschien zweimal pro Jahr, von 1932 bis 1943 jedoch aus wirtschaftlichen und kriegsbedingten Gründen lediglich nur mit einem Jahressheft. Nach § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19. Mai 1953 in der Fassung vom 3. September 1971 sind der Bund und die Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit unter anderem verpflichtet, Wissenschaft und Forschung zu den historischen Reichs- und Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa zu fördern.

Die Förderung geschieht u. a. durch finanzielle Unterstützung bei der Herausgabe von landeskundlichem Schrifttum. Hierzu gehört auch früher erschienenes und besonders bedeutsames Schrifttum, das kaum noch zugänglich ist und daher im Wege des Reprints zur Verfügung gestellt wird. Die „Altpreußischen Forschungen“ sind das herausragende Periodikum der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landeskunde in der Zeit von 1924 bis 1943 und für die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich unentbehrlich. Dies war der Grund für die Reprintausgabe, da diese Publikation – insbesondere in kompletter Form – nur noch schwer zugänglich gewesen ist.

Bei der Förderung von Reprints dieser Art wird aus Gründen der Wissenschaftlichkeit grundsätzlich darauf verzichtet, Texte zu verkürzen oder zu schwärzen. Für eine Bewertung einzelner Beiträge durch die Bundesregierung besteht kein Anlaß.

1. Mit wieviel Mitteln aus dem Bundeshaushalt wurde die Herausgabe der Jahrgänge 1924 bis 1943 der „Altpreußischen Forschungen“ als Reprint gefördert?

In den Jahren 1988 und 1989 wurde aus Mitteln des Bundeshaushaltes der Reprint der Jahrgänge 1924 bis 1943 der „Altpreußischen Forschungen“ mit insgesamt 101 000 DM gefördert.

2. Welche Einrichtung, welcher Verein oder welche Einzelperson hat wann einen Antrag auf Bezugnahme der Herausgabe der „Altpreußischen Forschungen“ gestellt?

Der „Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e.V.“ hat in den Jahren 1988 und 1989 insgesamt vier Förder-

anträge zur Herausgabe der Jahrgänge 1924 und 1925 (1 Band), 1926 bis 1933 (4 Bände), 1934 und 1935 (1 Band) sowie 1936 bis 1943 (4 Bände) gestellt.

3. Wie wurde die Veröffentlichung der Jahrgänge 1924 bis 1943 „Altpreußische Forschungen“ als Reprint im Antrag auf Förderung inhaltlich begründet?

Siehe Vorbemerkung.

- a) Welche Zielgruppen sollten laut Antrag auf Förderung mit der Neuausgabe dieser Zeitung erreicht werden?

Zielgruppen der Veröffentlichung waren wissenschaftliche Bibliotheken und Einrichtungen, Wissenschaftler des In- und Auslandes sowie Mitglieder des Vereins.

- b) Sollten mit der Neuauflage dieser Zeitung laut Antrag auf Förderung nur wissenschaftliche Büchereien oder auch ein breiteres Publikum erreicht werden?

Auf die Antwort zu Frage 3 a) wird verwiesen.

- c) Wie hoch war die geplante Auflage des Reprints laut Antrag auf Förderung, und wie hoch war die tatsächliche Auflage?

Geplant und realisiert wurde eine Auflage des Reprints von insgesamt 1 400 Exemplaren.

- d) Wie wurde laut Antrag auf Förderung der Bedarf für die Herausgabe dieses Reprints begründet?

Siehe Vorbemerkung.

- e) Wurde im Antrag auf Förderung dargelegt, in welchen Büchereien die alte Ausgabe der „Altpreußischen Forschungen“ vorhanden und wie groß die Nutzung dieser Zeitung für wissenschaftliche Zwecke ist?

Ja.

Im übrigen vergleiche die Antwort zu Frage 3 a).

4. Wurde das Problem im Antrag auf Förderung dargestellt und erörtert, daß elf Jahrgänge der „Altpreußischen Forschungen“ während der Nazi-Diktatur erschienen sind?
 - a) Wenn ja, wie wurde dieses Problem dargestellt und diskutiert?

- b) Wurde im Antrag auf Förderung die Zusicherung gegeben, die Herausgabe mit einer kritischen Einleitung, einem wissenschaftlichen Apparat und einer Kommentierung zu versehen, um sicherzugehen, daß die elf Jahrgänge der Zeitung nicht zur Fortsetzung nationalsozialistischer Propagandaarbeit gebraucht oder mißbraucht werden können?

Das hier angesprochene „Problem“ hat sich, wie die Darlegungen in der Vorbemerkung zeigen, nicht gestellt. Im übrigen bestand Einvernehmen, daß der Herausgabe des Reprints ein Vorwort vorangestellt wird.

5. Hat die Bundesregierung vor Drucklegung des Reprints gewissenhaft geprüft, um was für eine Zeitung es sich hier handelt und ob in ihr die Politik des NS-Staates „wissenschaftlich“ gestützt und verbreitet worden ist, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen ist sie bei dieser Prüfung gekommen?

Ja.

Über die Einleitung von Prof. Dr. Arnold hinaus ist keine Kommentierung erfolgt. Bei Reprints wissenschaftlicher Periodika wird üblicherweise keine zusätzliche wissenschaftliche Kommentierung nebst wissenschaftlichem Apparat gegeben.

Siehe im übrigen Vorbemerkung.

6. Teilt die Bundesregierung die Meinung des Autors des Vorworts des Reprints, Prof. Dr. Udo Arnold, Vorsitzender der gegenwärtigen Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, daß es „keineswegs der Fall“ sei, daß die Zeitung „politisch zu stark belastet sei“, und wenn ja, wieso?
7. Teilt die Bundesregierung ebenfalls die Ansicht Arnolds, daß es sich bei den belastenden Passagen im wesentlichen nur um eine Stellungnahme zum Zeitgeschehen aus dem Jahre 1940 handele, und wenn ja, wieso?

Zu persönlichen Äußerungen von Wissenschaftlern nimmt die Bundesregierung grundsätzlich nicht Stellung.

8. Oder teilt die Bundesregierung aufgrund der Prüfung der „Altpreußischen Forschungen“ eher die Ansicht des Vorstandes der Historischen Kommission aus der Zeit des Nationalsozialismus, nach der man die ganze Forschungstätigkeit in den Dienst der NS-Eroberungspolitik, der „Heimholung der Ostmark“, „einer allgemeinen deutschen Neuordnung Ostmitteleuropas“ stellte, daß „die kolonialistischen Ursprünge der ostdeutschen Landesgeschichte (...) erst unter dem Verdrängungskampf gegen das bodenständige Deutschstum seit Versailles und unter den Einwirkungen des erwachenden völkischen Geistes wirklich in den Vordergrund gerückt ist“ (Altpreußische Forschungen, Bd. 9, S. 2)?

Wenn nein, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung.

9. Oder teilt die Bundesregierung weiter aufgrund der Prüfung der „Altpreußischen Forschungen“ die Ansicht der Historischen Kommission aus der NS-Zeit, daß die Ziele und die Arbeitsbereiche der Landesforschung „bewußt über die verstümmelten Reichsgrenzen von 1919“ hinausgingen und bestrebt waren, „den geschichtlichen Raum des alten Ordenslandes, auf dessen Leistung hier alles spätere deutsche Dasein beruhte, lebendig im Gedächtnis zu halten“, um „im Kampf um den deutschen Osten“ die Leserinnen und Leser zu „rüsten“ (ebenda, S. 1 bis 2)?

Wenn nein, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung.

10. Oder teilt die Bundesregierung weiter aufgrund der Prüfung der „Altpreußischen Forschungen“ die Ansicht der Historischen Kommission aus der NS-Zeit, daß es für „den Kampf im Osten“ galt, „den Gegner zu kennen, um ihn zu treffen“ und daß man deswegen in den „Altpreußischen Forschungen“ das „polnische Schrifttum“ beobachtete (ebenda, S. 2)?

Wenn nein, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung.

11. Oder teilt die Bundesregierung weiter aufgrund der Prüfung der „Altpreußischen Forschungen“ die Ansicht der „Historischen Kommission“ aus der NS-Zeit, daß sie ab 1939 alle Forschungsarbeit in den „Altpreußischen Forschungen“ dem „Gebot des Krieges“ unterstellt und an einer „neuen großräumigen Ordnung“ im Osten arbeitete (ebenda, S. 2)?

Wenn nein, warum nicht?

Siehe Vorbemerkung.

12. War der Bundesregierung bekannt, daß die „Altpreußischen Forschungen“ neben dieser großdeutschen, völkischen, nationalsozialistischen Siedlungs- und Bevölkerungspolitik eine rassistische Propaganda gegen die „slawischen Völker“ und natürlich auch antisemitische Propaganda betrieb, und wie bewertete sie dies bei der Förderung des Nachdrucks?

Siehe Vorbemerkung.

13. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die „Altpreußischen Forschungen“ mit anderen Einrichtungen des NS-Staates eng zusammenarbeitete und Angehörige der Historischen Kommission die Eroberungs- und Rassenpolitik des NS-Staates in Osteuropa umsetzten, und wie bewertete sie dies bei der Förderung des Nachdrucks?

Siehe Vorbemerkung.

14. Hat die Bundesregierung vor Drucklegung des Reprints der „Altpreußischen Forschungen“ die wissenschaftlich begleitende Kommentierung und Aufarbeitung geprüft, und hat sie dies bewertet?

Siehe die Antworten zu den Fragen 4 und 5 und im übrigen die Vorbemerkung.

15. Worin sieht die Bundesregierung den wissenschaftlichen, politischen oder kulturellen Wert dieser Zeitung begründet?

Siehe Vorbemerkung.

16. Hat die gegenwärtige Historische Kommission für ost- und westpreußische Landeskunde in den letzten 15 Jahren Mittel aus dem Bundeshaushalt (einschließlich Mittel über den Bund der Vertriebenen, der Bundeszentrale für politische Bildung etc.) erhalten, und wenn ja, für welche Zwecke (bitte genau nach Jahr, Projekt und Zuwendunggeber auflisten)?

Die Bundesregierung führt über die einzelnen Förderungsleistungen der zurückliegenden Jahre keine Statistik. Soweit Daten vorliegen, beantwortet die Bundesregierung die Fragen wie folgt:

Im allgemeinen wird die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ebenso wie die übrigen sechs Historischen Kommissionen der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmittel- und Südosteuropa über den Haushalt des Herder-Instituts gefördert, das vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert wird. Seit 1990 hat die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung folgende Zuschüsse erhalten:

1990	27 600 DM
1991	26 600 DM
1992	28 600 DM
1993	25 600 DM
1994	23 300 DM.

Die Zuwendungen werden zur anteiligen Finanzierung der Jahrestagung sowie von Forschungs- und Publikationsvorhaben eingesetzt.

Daneben wurden sporadisch einzelne Projekte, an deren Durchführung ein erhebliches Bundesinteresse besteht, direkt vom Bundesministerium des Innern gefördert. Die letzte Förderung erfolgte im Jahr 1991 in Höhe von 12 618 DM für den Einsatz einer studentischen Hilfskraft bei Registerarbeiten.

Zur weitergehenden Information über die Kulturarbeit nach § 96 BVFG und die entsprechend eingesetzten Haushaltsmittel geben die Berichte der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG in den Jahren 1976, 1977 und 1978 (Drucksache 8/3563), 1979 und 1980 (Drucksache 10/671), 1981 bis 1983 (Drucksache 10/2178), 1984 und 1985 (Drucksache 11/2572), in den Jahren 1986 bis 1990 (Drucksache 12/5490) und in den Jahren 1991 und 1992 (Drucksache 12/7877) Auskunft.

17. Hat der Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e.V. in den letzten 15 Jahren Mittel aus dem Bundeshaushalt (einschließlich eventueller Mittel über den Bund der Vertriebenen, der Bundeszentrale für politische Bildung etc.) erhalten, und wenn ja, für welche Zwecke (bitte genau nach Jahr, Projekt und Zuwendungsgeber auflisten)?

Zur Information über den allgemeinen Förderungsumfang für den Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen wird für die Jahre 1988 und 1989 auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen. In den folgenden Jahren wurden für Nachdrucke bedeutsamer Quellen sowie für die Veröffentlichung von Beiträgen zur historischen Forschung folgende Zuwendungen bewilligt:

1990	42 000,00	DM
1991	60 000,00	DM
1992	88 000,00	DM
1993	9 274,17	DM.

Im Jahr 1994 wurde bislang eine Bewilligung in Höhe von 16 916,87 DM erteilt.

Vergleiche im übrigen die Antwort zur Frage 16.

